

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/120

Bonn, den 29. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Das große Geschäft</u>	24

NATCH - deutsche Vergangenheit und Gegenwart

1	<u>Nur ein Höflichkeitsbesuch ?</u>	23
---	-------------------------------------	----

Zur Bonner Visite des amerikanischen Abrüstungsbeauftragten

2	<u>Bayerns Volksschulen - Elend ohne Ende ?</u>	38
---	---	----

Entwurf für ein neues Volksschulgesetz

3 - 4	<u>"Revolution" in Jugoslawien ?</u>	86
-------	--------------------------------------	----

Die Partei läßt die Wirtschaft mündig werden

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

CDU stellt Wahrheit auf den Kopf
Nationale Aufgabe und moralische Pflicht
Friedrich EBERT zu den Oberschleslern
Dialog und Versöhnung
Ja zu gesamtdeutschen Kontakten
Nicht zu Lasten der Flüchtlinge
Zwei oberschlesische Dichter

Das große Geschäft

MATCH - deutsche Vergangenheit und Gegenwart

sp - Das Geschäft mit der jüngsten Vergangenheit Deutschlands blüht immer noch. Was die Pariser Illustrierte MATCH als nachweislich gefälschte Gruselgeschichte über das Wiederaufleben des Nationalsozialismus in Deutschland versetzte, was britische und sowjetische Zeitungen ihren Lesern übermittelten, hat sich für die betreffenden Verlage in klingender Münze ausgezahlt. Ob MATCH & i e s e s Ergebnis ihrer Fälscherreportage erwartet hatte oder ob man "nur" politische Brunnenvergiftung betreiben wollte, wissen wir nicht. Beides wäre natürlich schlimm genug. Erstaunlich ist nur das Echo auf dieses Üble Manöver im internationalen Pressewald. Man hat zwar allenthalben die Fälscherreportage in vielfältiger Form wiedergegeben, verzichtet aber großzügig darauf, den erwiesenen Tatbestand der Fälschung den Lesern ebenfalls mitzuteilen; nur teilweise ist das jedenfalls geschehen. Hier müssen wir - unabhängig von der widerlegten MATCH-Story - uns selbst die Frage stellen, wie es heute, 21 Jahre nach Zusammenbruch des Dritten Reiches noch möglich ist, daß sogar bei vielen unserer Freunde und Verbündeten dem fälschenden Verleumder eher Glauben geschenkt wird als dem Verleumdeten. Tragen hierzu nicht manche Dinge bei, die wir bei uns selbst bereinigen müssen? Z.B. die Karikatur einer von wohl fast allen in Bonn akkreditierten Journalisten und Botachäftern gelesenen der CDU-nahestehenden Kölner Zeitung, in der man den Grafen Kielmannsegg, thronend auf einem Panzer, als den neuen Chef der NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa darstellt und dabei einen Franzosen zeigt, der - an seine Stirn tippend - den Panzer fluchtartig verläßt?

Nur ein Höflichkeitsbesuch ?

Zur Bonner Visite des amerikanischen Abrüstungsbeauftragten

sp - Als einen reinen "Höflichkeitsbesuch" hat ein Regierungssprecher die bevorstehende Reise des amerikanischen Cheffdelegierten bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, William C. F o s t e r, nach Bonn bezeichnet. Das trifft sicherlich nicht den wirklichen Tatbestand. Foster plagt ganz andere Sorgen. Die jahrelangen Verhandlungen in Genf zwischen der USA und der Sowjetunion über eine Verhinderung zur Weitergabe von Atomwaffen (Nonproliferation) an Länder, die keine Atomwaffen besitzen, kommen nicht vom Fleck. Beide Weltmächte sind sich über die Notwendigkeit eines solchen Abkommens einig, denken doch beide mit Schauern daran, was wohl geschehen würde, kämen viele Länder in den Besitz dieser Vernichtungswaffen. Es könnten Entwicklungen eintreten, die der kontrollierenden Einflußnahme Moskaus und Washingtons entgleiten. Zwischen der Wünschbarkeit und der Verwirklichung eines solchen Abkommens liegen freilich Berge von Mißtrauen. Offensichtlich ist die Sowjetunion bestrebt, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland den Schwarzen Peter zuzuschieben. Das paßt in ihre Politik der Isolierung Bonns. Es ist ein hohes und gewagtes Spiel, das hier getrieben wird und Bonn sollte alles vermeiden, Moskau das Spiel zu erleichtern. Die deutsche Friedensnote sprach sich für eine Verhinderung der Weitergabe von Atomwaffen aus. Sicherlich will Foster erfahren, wie weit die Bundesregierung zu gehen bereit ist, um ein Abkommen zu ermöglichen, das der Menschheit den Alpdruck einer atomwaffenstarrten Welt nimmt. Es handelt sich also nicht um einen "Höflichkeitsbesuch", wohl aber um todernste Dinge.

Bayerns Volksschulen - Elend ohne Ende ?

Entwurf für ein neues Volksschulgesetz

Rw - Ja, es ist wirklich gekommen, das neue Volksschulgesetz. Zumindest der Entwurf liegt vor, für den Dr. Huber, gleichzeitig CSU-Fraktionsvorsitzender und Kultusminister verantwortlich zeichnet. Nach allen Verhandlungen mit den Kirchen, die dazu dienen sollten, die Verfassung nicht zu ändern und trotzdem der Tatsache Rechnung zu tragen, daß das strenge konfessionelle Trennungsprinzip nicht der immer mehr gemischten Bevölkerungsstruktur entspricht, legte der Minister also seinen Entwurf vor. Da der Landtag in seiner Endphase steht, hatte man es sehr eilig, so eilig, daß man nicht einmal die vorgeschriebene Frist von zwei Tagen zwischen Vorlage eines Gesetzentwurfs und der ersten Lesung im Plenum des Landtags beachtete.

Trotz der geringen Frist hat die SPD sofort festzustellen vermocht, daß dieser Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes eine Wendung in der Auffassung der CSU bringt, ansonsten aber den Erfordernissen einer besseren Gestaltung der Bayerischen Volksschule auf dem Lande in keiner Weise entspricht.

Die Wendung der Ansichten über die Volksschule bei der CSU ist nämlich auf halbem Wege stecken geblieben. Man spricht nicht mehr von der Dorfschule, die jedes Dorf, wenn auch einklassig, haben würde. Doch die vertreten, auf den Grundsatz "in jedem Dorf eine Schule" beruhenden Schulapfel werden beibehalten. Genau genommen geht der Gesetzentwurf von dem Gedanken aus, die bisherigen ein- oder zweiklassigen Schulen durch vierklassige zu ersetzen. Dabei wird das Zugeständnis der Volksschule, also für mehrere Ortschaften, gemacht. Man nennt sie sorglos immer noch "Verbandsschule" und opponiert so indirekt gegen die von den Sozialdemokraten angestrebte Mittelpunktschule, die für mehrere Ortschaften, wie in Hessen, gelten würde und dann natürlich acht- bzw. neunklassig sein soll. An das neunte Schuljahr denkt auch der Kultusminister. Aber er möchte nichts übereilen. So hat er denn, im Raketen- und Düsenflugzeug-Zeitalter, ganz gemütlich eine "Anpassungszeit" vorgesehen. Zwölf Jahre will sich der Kultusminister in Bayern Zeit lassen, um das neunte Schuljahr zu verwirklichen. Dr. Huber gehört zwar nicht der Bayernpartei an. Er scheint aber, wie dieser Traditionsklub, auch in den Kategorien eines längst vergangenen Jahrhunderts zu denken. Sofern es der CSU, die über die absolute Mehrheit im Landtag verfügt vor dessen Auflösung gelingt, diesen Entwurf Gesetz werden zu lassen, sind in der ersten Bildungsstufe wieder einmal die Weichen auf konservatives Beharrungsvermögen und nicht auf Fortschritt gestellt.

"Revolution" in Jugoslawien ?

Die Partei läßt die Wirtschaft müdig werden

Von Hans Peter Kullmann, Belgrad

Der 34-jährige Franc Pintarić, der 30-jährige Jusef Genić, der 25-jährige Tajb Kordić und der um noch ein Jahr jüngere Antun Niksić kamen mit ihrem Auto nur bis Verona in Italien. Eine gefährliche Kurve zog unter ihrem Wagen die Straße weg. Das kostete Blech, Knochen und Hoffnungen, denn das ansonsten in Frankreich siedelnde Jugo-Quartett war ausgezogen, um Tito das Fürchten zu lernen. Sie wollten, wie die vier Bruchpiloten im Krankenhaus oder Gefängnis vor der Carabinieri aussagten, bei Triest die Grenze illegal passieren und dann in Jugoslawien "eine Revolution" entfesseln.

Daß man die vier Revoluzzer wenigstens einigermaßen ernst nehmen mußte, darüber wurde die Polizei schon durch einen Blick ins Wageninnere belehrt: Neben vier Pistolen fanden sich 500 hektografierte Flugschriften einer "Kroatischen Revolutionären Bruderschaft" und 950 000 Lira!

Daß man in Jugoslawien selbst den Ernst der Sache nicht allzu sehr übertrieb, das wiederum hängt mit der tatsächlichen Situation im Lande zusammen, für die Emigranten vom Schlage der kroatischen revolutionären Brüder offenbar kein Verständnis mehr aufbringen.

Die wirkliche Revolution

Tatsächlich haben die mit der jugoslawischen Wirtschafts- und Währungsreform zusammenhängenden Umverteilungen der Großinvestitionen die nationalen Gegensätze erneut deutlich gemacht; nach ihrer Meinung zu kurz gekommen sind aber diesmal nicht die industriell hoch entwickelten Republiken Jugoslawiens wie zum Beispiel Kroatien, sondern eben die rückständigen Regionen im Süden, die mit den Investitionsgeldern nie etwas Geschicktes anzufangen gewußt haben und nun aus ökonomischen Gründen ein wenig kürzer gehalten werden sollen.

Schon aus diesem Grunde ist es vollkommen unsinnig, überhaupt an eine ernsthafte nationale Konfliktsituation in Jugoslawien zu glauben, aber es gibt noch einen weitens besseren Grund, Leute wie die kroatischen Brüder für geschichtlich rettungslos verloren zu halten.

Vollkommen unabhängig von ihnen findet nämlich in Jugoslawien bereits eine Revolution statt, über deren Ausgang man gegenwärtig ungerne etwas Definitives sagen möchte, die aber eine außerordentliche Dynamik besitzt und alle wirklich ernst zu nehmen.

mender Kräfte vollkommen für sich in Anspruch nimmt - auf beiden Seiten. Es handelt sich um die Auseinandersetzung zwischen den Bürokraten und den Technokraten.

Bürokraten und Technokraten

Die jugoslawische Bürokratie, generationsmäßig weitgehend identisch mit den verdienten Partisanen des Zweiten Weltkrieges, politisch natürlich im "Bünd der Kommunisten Jugoslawiens" organisiert, sieht sich in zunehmendem Maße von jüngeren Intellektuellen bedrängt, die eine Entideologisierung, Dezentralisierung und somit - wie sie selbst fein sagen - eine Re-Sozialisierung der durch administrative Beschränkungen verunstalteten jugoslawischen Gesellschaftsordnung anstreben. Ihre Forderungen lassen sich - unter besonderer Berücksichtigung der drängenden Wirtschaftsfragen - etwa in einem Fünf-Punkte-Programm zusammenfassen:

- * Die Partei soll auf jedes Druckmittel gegenüber Parlament und Regierung verzichten, damit diese Gremien wirklich unabhängig arbeiten können;
- * Die Partei soll sich nicht mehr in wirtschaftliche Belange einmischen, sondern diese Fragen wirklichen Experten überlassen;
- * Überschüssige Betriebsgewinne sollen nicht mehr, wie bisher, zu 95 Prozent an administrierende Organe abgeben, sondern dem erfolgreichen Unternehmen zur eigenverantwortlichen Verwendung überlassen werden;
- * Das Freissystem soll auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage aufgebaut werden, und
- * ausländisches Kapital soll die Möglichkeit erhalten, am wirtschaftlichen Aufbau Jugoslawiens mitzuwirken.

Obgleich diese Forderungen im Wesentlichen auf die Herstellung eines liberalen Systems abzielen, in dem die Administration ihre Führungsrolle genauso verlieren muß wie die Partei selbst, befinden sich die technokratischen Reformkräfte in einer taktisch überaus günstigen Situation, denn Tito und seine Umgebung müssen, obgleich sie gefühlsmäßig eher den Parteileuten und Bürokraten nahe stehen, aus Gründen der Staatsraison und nach überaus schlechten Erfahrungen mit dem alten System wohl oder übel Zugeständnisse an die jungen Kräfte machen.

Die eben erfolgte Freigabe der Preise für eine ganze Serie von Landesprodukten sowie das neue Recht der Betriebe, sich gleichzeitig als eigene Außenhandelsunternehmen zu betätigen, deuten darauf hin. Außerdem ist bekannt, daß noch vor Schluß der Parlamentssaison das bereits lange schwebende Gesetz über die Zulassung ausländischen Kapitals in Jugoslawien verabschiedet werden soll.

Während in der ersten Periode der Wirtschaftsreform vor allem solche Kommunisten die Partei verließen, die mit den damit verbundenen Härten für die Bevölkerung nicht einverstanden waren, kehren sich neuerdings die Fälle, in denen Kommunisten ihr Parteibuch zurückgaben, weil sie mit der Schwägerung der Rechte ihrer Organisation nicht konform gehen können. Sie verlassen, so möchte man um Jugoslawiens willen hoffen, ein bereits sinkendes Schiff, in dessen Kielwasser Emigranten vom Schlage der kroatischen Brüder allerdings bereits vor langer Zeit untergegangen sind. Nur - sie wissen es noch nicht.